

Deutschland hat eine Friedenspflicht

Zum Gedenken an den 1. September 1939

Wie sieht Deutschland aus – 75 Jahre nach dem Beginn des faschistischen Überfalls auf seinen polnischen Nachbarn und damit des Zweiten Weltkriegs, 69 Jahre nach der Potsdamer Dreimächte – Konferenz (17. Juli bis 2. August 1945), die dem Ziel diente, Maßnahmen zu treffen,

„die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann“,

wie es in der Abschlusserklärung heißt, – eine Auflage, die die Siegerstaaten und das besiegte Deutschland gleichermaßen bindend verpflichtete.

Wie geht das offizielle Deutschland heute mit der ihm dort auferlegten Friedenspflicht um, und wie sehen die Vereinigten Staaten von Amerika als einer der Signatarstaaten heute sich selbst und die Rolle Deutschlands in seiner Friedenspflicht?

Die Besorgnisse mehren sich. Gegenwärtig werden wir in Sonntagsreden und gleichermaßen dummschwätzigem Massenmedien, aber auch in sehr ernst gemeinten Verlautbarungen – anfangs noch in homöopathischen Dosen – darauf eingestimmt, dass die Nachkriegszeit zu Ende ist. Es mehren sich Gründe, 62 Jahre nach der Mahnung Brechts in seiner Botschaft an den Völkerkongress für den Frieden in Wien 1952 zu erinnern:

„Der Menschheit drohen Kriege, gegen welche die vergangenen wie armselige Versuche sind, und sie werden kommen, ohne jede Zweifel, wenn denen, die sie in aller Öffentlichkeit vorbereiten, nicht die Hände zerschlagen werden!“

Dankenswerter Weise mehren sich aber – auch in der Öffentlichkeit – kritische Stimmen über alle Parteigrenzen hinweg (z.B. Willy Wimmer, ehemaliger Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, zum EU – Ultimatum gegen Russland: „Sind die angestrebten Wirtschaftssanktionen der Zwischenschritt, bevor es wirklich knallt? Reicht den USA nicht, was sie im Irak, in Syrien und im gesamten Mittleren Osten bereits angerichtet und dass sie ihn mit einer gewaltigen Lunte versehen haben? Muss der Krieg gegen Russland her?“, in „Zeit-Fragen“ Zürich, 8.7.2014. Ähnlich besorgt auch MdB Dr. Gauweiler, Stellv. Vorsitzender der CSU am

4.6.2014 vor der Bundeswehrakademie in Hamburg aus verfassungsrechtlicher Sicht).

Dennoch reagiert zugleich das „offizielle“ Deutschland zunehmend bedenklich.

Der oberste Repräsentant des Landes erklärte, zunächst in Hamburg, zur Außen- und Sicherheitspolitik eines vereinten Deutschlands müsse es gehören, „dass wir Begriffe wie Krieg, Veteranen, Gefallener normal verwenden“. Was ist – in diesen Zusammenhängen – „normal“? Ähnliche Verlautbarungen aus gleicher Quelle häufen sich.

In den letzten Monaten macht ein Dokument die Runde – kein Geheimpapier, im Internet durchaus zugänglich, wenngleich auch nicht sonderlich publik gemacht, betitelt „Neue Macht – Neue Verantwortung“. Es unterbreitet – so der Untertitel – „Elemente einer deutschen Außen- und Sicherheitspolitik für eine Welt im Umbruch“. Dieses Dokument wurde im Spätherbst 2013 nach einjähriger Forschungsarbeit von einer Arbeitsgemeinschaft deutscher und US – amerikanischer „Denkfabriken“, der deutschen „Stiftung Wissenschaft und Politik“ und des „German Marshall Fund of the United States“ vorgelegt. Es ist darauf gerichtet, vorrangig für die Bundesrepublik Deutschland mögliche Szenarien der Reaktion auf Veränderungen des Kräfteverhältnisses im Weltmaßstab zu entwickeln und die vorhandenen Kräfte neu zu ordnen.

Es ist gleichzeitig Ausdruck der vor sich gehenden Veränderungen des internationalen wirtschaftlichen Kräfteverhältnisses. „Die USA signalisieren – im Bewusstsein geschrumpfter materieller Ressourcen – deutlich, dass Amerikas Engagement in der Welt künftig selektiver ... sein wird“, heißt es in der Studie. Von den beiden entscheidenden internationalen Machtfaktoren – militärische und wirtschaftliche Macht – verlieren die USA zunehmend ihre führende Position auf wirtschaftlichem Gebiet. Sie konzentrieren ihre Mittel auf den militärischen Faktor, der beileibe nicht immer zum gewünschten Erfolg führt.

Die entscheidenden Einflussfaktoren wirtschaftlicher Macht zeigen erhebliche Schwächen. Die Krise 2009 konnte das Bankensystem nur durch staatliche Unterstützung retten. Die nicht unbedeutende Macht des US – Dollars

steht durch die erheblichen Dollarreserven Chinas in Frage. Beim Brutto-Inland-Produkt, als die international anerkannte und auch messbare Größe für internationale Vergleiche, wird China die USA in den nächsten Jahren überholen. Damit tritt eine prinzipielle Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen China und den USA ein. Die USA sind bemüht, diese Veränderungen mit aller Macht, unter steigender Gefahr für den Frieden aufzuhalten. Die militärischen Hauptanstrengungen sind auf die Eindämmung Russlands orientiert. Die in letzter Zeit geführten Kriege der USA in Somalia, Irak und Afghanistan endeten faktisch mit Niederlagen. Die außenpolitischen Aktivitäten im Nahen Osten führten zu einem Fiasko. Es ist zu berücksichtigen, dass der Inhalt dieser Studie in der Bevölkerung wenig oder nicht bekannt ist. Umso auffälliger ist jedoch die Art und Weise, wie ihr wesentlicher Inhalt über Medien und offizielle Reden – wenngleich kein offizielles Dokument – der Bevölkerung beigebracht wird. Es fällt weiter auf, wie die wirtschaftlichen und geostrategischen Ziele der Studie – aktuell anhand der Ukraine – durch schrittweisen Aufbau von Druck (beginnend z. B. von den Aktivitäten der „Konrad Adenauer Stiftung“) in der Politik bereits stillschweigend umgesetzt werden. Auch die mediale Desorientierung setzt ein und trägt scheinbar Früchte, wenngleich sich hier – wie erwähnt – kritische Stimmen mehren.

Die Staaten der Welt werden darin schlicht eingeteilt in Mitstreiter, das sind prioritär die USA, die EU, Japan, Kanada, Israel, die Türkei und Südkorea, sowie in Herausforderer (China, Russland, Indien, Brasilien und Pakistan) und Störer (hier prioritär Iran, Syrien und Nordkorea, im Weiteren auch Kuba und Venezuela). Das ist dann wesentlicher Ausgangspunkt für Empfehlungen und die Entwicklung außen- und sicherheitspolitischer Arbeitsrichtungen deutscher Politik:

„Entscheidend für Deutschlands Beziehungen zu diesen Mächten ist ihre Nähe zu deutschen Werten und Interessen“ (S. 37). Allerdings bleibe Deutschland „im globalen Vergleich eher ein Spieler mittlerer Größe“, solle deswegen bewährte Partnerschaften mit Vorrang erhalten, stärken und ausbauen und könne „auf einigen Gebieten sogar eine Führungsrolle einnehmen“ (S. 36).

Was die „Herausforderer“ oder gar die „Störer“ davon halten mögen, bleibt außen vor, – aber die sind Mitglieder der UNO, des Weltsicherheitsrates, darunter auch Signatarstaaten der Potsdamer Konferenz von 1945! Die Studie dient tatsächlich und erklärtermaßen der Einbindung Deutschlands in die wahrscheinlichen Handlungsrichtungen der USA im Kampf um ihre wirtschaftliche und strategische Vormachtstellung in der Welt, vorrangig im Fernen Osten und ihre entsprechende Entlastung in anderen Räumen durch NATO und EU, vor allem aber durch eine aktivere Rolle Deutschlands in eben diesen Organisationen und im transatlantischen Raum.

Bemerkenswert sind Erwägungen einer deutschen Sicherheitspolitik, die sich als Risikomanagement versteht mit einem „breiten Spektrum von staatlichen Instrumenten, von der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe über die klassische Diplomatie und die Nachrichtendienste bis hin zum Katastrophenschutz und dem robusten Einsatz von Streitkräften“.

Sieht man von der verquastesten Sprache ab, was hier offenkundig Verschleierungsfunktionen hat, wird einem „Management“ das Wort geredet, das deutlich in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten eingreifen soll und darauf abstellt, auch das nach Ende des Zweiten Weltkriegs aus leidvoller Erfahrung der Völker kategorisch installierte völkerrechtliche Interventionsverbot auszuhebeln, z.B. durch ein fragwürdiges menschenrechtlich begründetes Interventionsgebot, an dem derzeit emsig gebastelt wird.

Vor dem Hintergrund des kategorischen Friedensgebots nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs – vor allem für Deutschland auch angesichts seiner Geschichte – klingen solche Töne nicht nur hierzulande befremdlich. Sie widersprechen deutlich dem Mehrheitswillen in Deutschland und sollen offenbar verstärkte Vorbereitungen der Bundeswehr für weitere Kriegseinsätze begründen helfen. Es lässt auch aufhorchen und ist in diesem Zusammenhang zu hinterfragen, dass nach Auffassung der Autoren „die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit dabei fließend (sind)“.

Bemerkenswert, dass synchron zu diesem Dokument die Reden führender Persönlichkeiten deutlich aggressiver geworden scheinen. In Bezug auf den Herrn Bundespräsidenten ist dessen Rede vor der Münchener Sicherheitskonferenz zum Jahresbeginn in besonderer Weise exemplarisch, was DER SPIEGEL (7/2004) auch darauf zurückführt, dass seit August 2013 als Leiter „Planungstab und Reden“ beim Bundespräsidenten – wie der Zufall eben so spielt – der bisherige Chef des „German Marshall Fund of the United States“ engagiert worden ist, der persönlich maßgeblich an der Erarbeitung eben dieser Studie mitgewirkt hat. DER SPIEGEL nennt ihn den „neuen Präsidenten-Einflüsterer“.

(Angeworbene „Ausflüsterer“ im BND und im Bundesverteidigungsministerium allein reichen offenbar nicht aus, wengleich man das nicht überbewerten sollte. Die Abgeordnete der Partei DIE LINKE im sächsischen Landtag Kerstin Köditz bemerkte zu solchen Aktivitäten vor Jahresfrist treffend: „Beim Umgang mit Geheimdiensten lautet eine alte Grundregel, man sollte nicht von einer Verschwörung ausgehen, wenn Dämlichkeit als Erklärung ausreicht.“ Auch Wolf-

gang Schäuble findet die amerikanischen Geheimdienste „so was von blöd“, dass man nur weinen könne. Wo Politiker Recht haben, haben sie eben Recht, und manchmal sollte man wirklich erst mal abwarten, bis sich die Rauchwolken etwas verzogen haben.)

Militärexperten in unseren Reihen weisen jedoch mit Nachdruck darauf hin, dass die gegenwärtigen Entwicklungen bedrohlich sind. Sie machen aufmerksam, dass konsequente Friedenspolitik und Friedenspflicht anders aussehen und der Zusammenschluss der Friedenskräfte dringender denn je geboten ist.

Am Vorabend des 75. Jahrestags des Beginns des Zweiten Weltkrieges ist es mehr als je geboten, die Stimme zu erheben gegen jegliches militärische Gebaren und Säbel raselndes Engagement Deutschlands. Von ihm erwarten die Völker der Welt, dass es dafür sorgt, dass von deutschem Boden nie wieder Krieg und Gewalt ausgehen. Auch deswegen fordern wir, Militäreinsätze der Bundeswehr im Ausland sofort zu beenden und künftig zu unterlassen, unbeschadet dessen, wie man sie sonst im Einzelfall auch immer begründen mag.

Zwischenruf

„Vielleicht werden Historiker die Jahre dieses ausgehenden zwanzigsten (Jahrhunderts. W.K.) als die Jahre der Neukonstituierung des nationalen Bewußtseins benennen. Der deutsche Lümmel jedenfalls reckt sich wieder. Seine rechte Hand steckt Ausländerheime in Brand; sein Mund spricht von der »gestiegenen Verantwortung des neuen größeren Deutschlands, seine Rolle in der Welt wahrzunehmen«, und von der nötigen Bereitschaft, auch zu »friedens erzwingenden Maßnahmen«. Ich wette, beim nächsten, spätestens übernächsten Krieg sind wir wieder dabei.“

(Klaus Schlesinger: „Von der Schwierigkeit, Westler zu werden“, S.100 f, 1993)

Aus der Arbeit des Vorstandes

Der Vorstand diskutierte und beschloss seinen Arbeitsplan für das II. Halbjahr 2014.

*

Die Diskussion über den anlässlich des 75. Jahrestages des Beginns des Zweiten Weltkrieges in der August-Ausgabe von **ISOR aktuell** veröffentlichten Artikel war Anlass einer grundsätzlichen Aussprache, in

der die Sorge hinsichtlich der wachsenden Kriegsgefahr und der zunehmenden Militarisierung der deutschen Außenpolitik ausgedrückt wurde.

*

Er nahm einen Bericht des Geschäftsführers über die Ergebnisse der Unterschriftensammlungen zur Petition der GBM für die Rentenangleichung Ost an West entgegen und würdigte die Aktivitäten der TIG und einzelner ihrer Mitglieder, die zum Erfolg dieser Aktion beigetragen haben.

*

Zur Petition für die Angleichung der Rentenwerte Ost an West

Nach Redaktionsschluss wurden insgesamt gültige **93.040 Unterschriften** unter die o.g. Petition gezählt. Mit 76.260 Unterschriften erreichte ISOR den erwarteten hohen Anteil. ISOR hat damit schon allein mehr Unterschriften gesammelt als 2009/2010 die vier großen Gewerkschaften ver.di, Gewerkschaft der Polizei, Transnet, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft sowie die großen Sozialverbände BRH, Volkssolidarität und Sozialverband Deutschlands unter ihren Aufruf für eine gerechte Rentenangleichung in den neuen Bundesländern. Damals waren 75.000 Unterschriften gesammelt und dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales übergeben worden.

Auch das Ergebnis unserer im Januar 2010 an den Petitionsausschuss übergebenen Petition gegen die Strafrenten mit 73.566 Unterschriften wurde noch übertroffen, obwohl ISOR seitdem etwa 3.500 Mitglieder weniger hat und der Altersdurchschnitt der Mitglieder von 70,8 auf 74,5 Jahre angestiegen ist.

Im Durchschnitt hat jedes ISOR-Mitglied zusätzlich zur eigenen Unterschrift noch drei weitere eingeholt. Im Vergleich der TIG untereinander und innerhalb der TIG bietet sich allerdings ein differenziertes Bild.

Wie schon vor vier bis fünf Jahren waren die TIG mit geringer Mitgliederzahl im Vorteil. Die sozialen Kontakte in kleineren Orten funktionieren besser als in der Anonymität der Großstädte. Einzelne, besonders engagierte Mitglieder, konnten das Gesamtergebnis der TIG deutlich stärker beeinflussen, als das selbst in mitgliederstarken TIG möglich war.

So erreichte die TIG Luckau mit ihren 9 Mitgliedern und einem durchschnittlichen Ergebnis von fast 22 Unterschriften je Mitglied den Spitzenplatz. In den TIG Sonneberg/Neuhaus, Waren/Röbel, Geithain und Jüterbog/Luckenwalde wurden zwischen 17 und 19 Unterschriften je Mitglied erreicht.

Mehr als 10 bis 16 Unterschriften je Mitglied konnten die TIG Templin, Rathenow,

Gardelegen, Halberstadt, Quedlinburg, Sömmerda, Ludwigslust, Parchim/Lübz, Bützow und Stavenhagen abrechnen.

Durchschnittswerte sagen allerdings wenig über das große Engagement einzelner Mitglieder, die allein jeweils über hundert, manchmal auch mehrere hundert Unterschriften gesammelt haben. Leider fehlt uns dazu eine zentrale Übersicht. Eine angemessene Würdigung der Leistungen der aktivsten Mitglieder muss deshalb in den einzelnen TIG erfolgen.

Bewährt hat sich wieder einmal die enge Zusammenarbeit der ISOR-Gruppen mit anderen Verbänden und Vereinen in sozialen Bündnissen. Auch die Partei DIE LINKE erwies sich als verlässlicher Partner. So würdigte z.B. die TIG Halberstadt die großartige Unterstützung

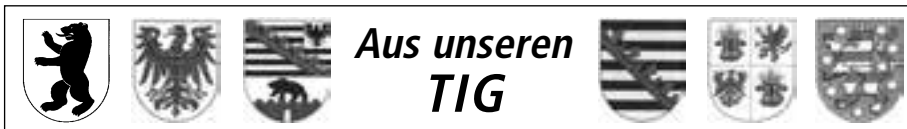
durch die örtliche Arbeitsgruppe Senioren der Partei DIE LINKE.

Wir hatten uns zum Ziel gesetzt, gemeinsam mit der GBM, GRH und den Sportsenioren mindestens 50.000 Unterschriften zu sammeln, um den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages zu einer öffentlichen Anhörung zu veranlassen. Dieses Ziel haben wir deutlich überboten. Erneut werden sich die im Bundestag vertretenen Parteien positionieren müssen. Sie werden zur Kenntnis nehmen müssen, dass das Thema Rentenangleichung weiter auf der Tagesordnung bleibt, viele Bürger sich nicht länger hinhalten lassen wollen und Politiker-versprechen endlich einzuhalten sind.

Sehen wir also dem entgegen, was der Deutsche Bundestag zu empfehlen hat.

Der Vorstand dankt allen beteiligten TIG und den vielen aktiven Mitgliedern, die den großen Erfolg der Unterschriftensammlung ermöglicht und damit bewiesen haben, dass ISOR politisch etwas bewegen kann. Unser Respekt gilt auch den Ergebnissen der anderen beteiligten Organisationen. Immerhin hat die GBM etwa sieben Unterschriften je Mitglied erreicht und Gunhild Hoffmeister von den Sportsenioren hat allein 480 Unterschriften abgerechnet.

Nummehr ist vorgesehen, die Unterschriftenlisten bei der GBM zusammenzuführen und von dort nach den Parlamentsferien dem Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages zu übergeben. Noch eingehende Unterschriftenlisten können bis Ende August berücksichtigt werden.



Die TIG Güstrow, Sternberg und Bützow bündeln ihre gesellschaftspolitische Arbeit nicht nur in territorialer Hinsicht. Ihre Veranstaltungen sind stets auch Magnete für Mitglieder der GBM, GRH, des RotFuchs-Fördervereins, des Verbandes zur Traditionspflege der NVA und der GT und politischer Parteien. So war es auch, als der Vorsitzende des Traditionsverbandes, Admiral a.D. Theodor Hoffmann, zu Gast war.

Es wurde deutlich, dass dort, wo Kriege geführt und unterstützt werden, die soziale Lage der eigenen Bevölkerung unterminiert wird und die Schwächsten der Gesellschaft trotz aller Wahl- und anderen Versprechungen der Politiker die Betrogenen sind. Deshalb schlossen sich alle Teilnehmer der Versammlung einmütig der unüberhörbar gewordenen Bewegung für eine Rentenangleichung Ost an West an und verabschiedeten eine Erklärung, in der es u.a. heißt:

- Der Einigungsvertrag sieht bis 1996 eine Rentenangleichung vor
- Versprechungen wurden dazu auch im Koalitionsvertrag der CDU/CSU und FDP im Jahre 2009 gemacht
- In jenem Jahr kündigte die Bundeskanzlerin diesen Schritt in Leipzig für die 17. Legislaturperiode an.

Entsprechende Anträge der Partei DIE LINKE wurden stets abgeschmettert, so dass von einer Ernsthaftigkeit einer gewollten Rentenangleichung und schon gar nicht von sozialer Gerechtigkeit geredet werden kann.

Durch den Einigungsvertrag sind wir angeblich gleichberechtigte Bürger und un-

terliegen dem Grundgesetz dieses Landes ohne Einschränkungen. Und so müssen wir auch behandelt werden. Gegen Missachtung werden wir uns weiterhin strikt wehren. In den detaillierten Forderungen sprechen die Versammlungsteilnehmer konkret jene Forderungen an, wie sie auch in der jüngsten Bundestag – Initiative der Partei DIE LINKE zum Ausdruck kommt (s. **ISOR aktuell** v. Juli d.J.)

Welche Spiegelfechtereien auch immer noch unternommen werden, die Stimmen aus Güstrow und dem ganzen Lande werden nicht verstummen.

**Nach einer Information von
Walter Krüger, Güstrow**

*

„Gemeinsamkeit macht uns stärker und bringt uns weiter voran.“ Das waren unsere Gedanken, als wir uns in der TIG Halle dazu entschlossen, am 24. Juni d. J. eine Veranstaltung gemeinsamen mit Mitgliedern der RotFuchs-Regionalgruppe Halle durchzuführen. Und das war eine richtige Entscheidung. Aus immer wieder aktuellem Anlass ist das Thema „Rentengerechtigkeit“ nach wie vor brandaktuell. Was nützen Paragraphen im Grundgesetz dieses Landes, die von der Würde des Menschen, die unantastbar sei, und von der Wertneutralität der Rente künden, wenn zwischen diesen Aussagen und der aktuellen Realität Welten klaffen.

Unser Stellvertretender Vorsitzender, Prof. Dr. Horst Bischoff, entsprach unserer Einladung sofort, zu dieser Thematik zu

referieren. Und auch die Mitglieder unserer beiden Vereine nahmen diese Einladung an. Prof. Bischoff hatte knapp 100 aufmerksame „Zuhörer“ (ca. 75% ISOR-Mitglieder), die sich kein Wort entgehen ließen. Wie schon in der Rostocker Veranstaltung (siehe **ISOR aktuell**, Juni 2014, Seite 3), verstand er es glänzend, von der geschichtlichen Entwicklung der deutschen Rentenversicherung, den Bezug zum gegenwärtigen Kampf um Rentenrecht, speziell auch zur Problematik *Rentenstrafrecht* herzustellen. Detailliert gab er Auskunft über alle von ISOR organisierten und realisierten politischen sowie juristischen Initiativen. Diese waren von Erfolgen und auch von Ablehnungen gekennzeichnet. Von Abweisungen haben wir uns nicht beeindrucken lassen. Neue Wege wurden gefunden und neue Partner kamen an unsere Seite. Das wird auch weiterhin unseren Kampf um Rentengerechtigkeit bestimmen, denn noch lange sind nicht alle von uns in Angriff genommenen Ziele erreicht. In den zurückliegenden Wochen und Monaten haben unsere Mitglieder keinen Aufwand gescheut, soviel Unterschriften wie nur möglich unter die „Petition für die unverzügliche Angleichung der Rentenwerte Ost an West“ zu erreichen, denn diese Problematik betrifft eine enorme Zahl der Bundesbürger. Erste Sammelergebnisse wurden sofort an Horst Bischoff überreicht.

Die Schlusssatzung von Prof. Bischoff, „Sozialer Kampf ist politischer Kampf“, fand mit einem starken Beifall der Teilnehmer, volle Zustimmung.

Wir sind uns einig, dass es angebracht und notwendig ist, weiter gemeinsame Veranstaltungen durch die RotFuchs-Regionalgruppe Halle und die TIG in Halle durchzuführen.

Klaus-Peter Breinig

*

In guter Tradition führte unsere **TIG-Strausberg** ihre gut besuchte Mitgliederversammlung am 17.07. gemeinsam mit RotFuchs und dem Verband zur Pflege der Traditionen der NVA und der Grenztruppen der DDR e.V. zum hochbrisanten Thema „Die Ukraine und die NATO-Globalstrategie“ durch. Dazu hatten wir einen höchstkompetenten Referenten eingeladen, nämlich Bruno Mahlow, den letzten Leiter Abt. Internationale Verbindungen beim ZK der SED, jetzt Mitglied im Ältestenrat der Linken, einen profunden Kenner der zerfallenen Sowjetunion – einen Menschen mit halbrussischer Seele (wie ich selbst es bin). Bruno Mahlow stellte das Thema in den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang – es geht nicht um die Ukraine – es geht um Moskau. Er erinnerte daran, dass gerade der 35. Jahrestag der Sandinistischen Revolution in Nikaragua begangen wurde und Putin vom Gipfeltreffen der BRICS-Staaten (man sollte sich diesen Begriff einprägen) kommend daran teilnahm. Alle Handlungen und bekanntgewordene Dokumente seit dem Zerfall der Sowjetunion belegen eindeutig die Bestrebungen zum Ausbau der NATO und der weiteren Einkreisung Russlands und des Eurasischen Raumes, insbesondere Chinas.

Selbst Scholl-Latour, bekennender Antikommunist mit realpolitischen Positionen, verweist auf Europas Unterwerfungspolitik unter die USA und meint, wir Deutschen sollten hinsichtlich Ukraine doch mal ein bisschen die Schnauze halten. Die Fehler der Vergangenheit in der Sowjetunion rächen sich zusehends.

Chruschchows Geschenk, die Krim an die Ukraine, oder der föderale Aufbau der UdSSR 1922 mit Autonomie der Ukraine u.v.a. führten zum Zerfall. Inzwischen tritt in Russland Ernüchterung ein. Eigenstaatliche Interessen – staatspatriotische Tendenzen nehmen zu. Putin z. B. lässt der Wirtschaft in vielem freie Hand, aber Hände weg von der Politik. Politik als eine Kunst des Möglichen, der Realität, aber nichts für Emotionen. Zahlreiche Fragen der Versammlungsteilnehmer bekundeten das große Interesse am Thema.

Realistische Stimmen zu den Problemen sind auch aus Deutschland vernehmbar, vor allem interessierter Wirtschaftskreise.

Also: die Entwicklung beachten und Position beziehen. Die deutsche Linke schwimmt derzeit. Es darf nicht zum Brennen kommen!

Rainer Rudolph

Aus der Postmappe

In wenigen Wochen werden uns mit Sicherheit die krisenhaften DDR- Zeiten 1989/90

durch die Medien breitgefächert in Erinnerung gebracht werden. Es war das leidvolle „Aus“ der 40jährigen sozialistischen DDR und die sehnsuchtsvolle Willkommenszeit zur Vereinnahmung ihres Hoheitsgebietes in das Staats- und Gesellschaftsgefüge der Alt-BRD.

Nun leben wir seit dem 4. Oktober 1990 in und mit ihr im 24. Jahr und werden immer noch als nicht gleichberechtigte Staatsbürger behandelt. Erst jüngst, am 4. Juli, ist das uns rentenanspruchsberechtigten Neubundesbürgern in Ostdeutschland durch die Ablehnung des Antrags der Partei DIE LINKE zur Rentenangleichung Ost an West im Bundestag erneut bestätigt worden. Auch die Bundestagsabgeordneten der CDU und der SPD aus unserem Land Mecklenburg-Vorpommern, die offenbar nur als Hinterbänkler wahrgenommen werden, haben sich des Vertrauens ihrer Wähler wieder nicht würdig erwiesen. Sie lehnten die Rentenangleichung Ost an West wahrscheinlich ohne Skrupel ab. Aber ihre Diätenerhöhung von 900 Euro hatten sie bereits Monate zuvor ohne Bedenken mitgetragen. So schlucken auch sie unvorigenommen die Steuergelder. Nach anfänglichem Zögern hat auch Bundespräsident Gauck einvernehmlich die „Selbstbedienung“ der Volksvertreter im Bundestag bestätigt. Ein schmachvoller Schritt, der hoffentlich die Wähler wachrüttelt. Das wäre nur zu wünschen.

Diese und weitergehende Betrachtungsweisen der Bundespolitik waren Inhalt unserer öffentlichen, sehr gut besuchten Güstrower TIG-Versammlung, die eine hohe Aussagekraft mit großem Unverständnis über die Militäreinsätze der Bundeswehr verband.

Unser Gast, Admiral a. D. Theodor Hoffmann, Verteidigungsminister der DDR in der Modrow-Regierung, referierte überzeugend und beispielgebend über die militärpolitische Strategie und Taktik in Deutschland, der EU und der NATO. Mit einfühlsamer Emotionalität verwies er auf die verheerenden Verbrechen und Folgen der beiden Weltkriege, die vor 100 und 75 Jahren durch Deutschland ausgelöst worden waren. Nachdrücklich erinnerte er an den Ruf nach der Zerschlagung Hitlerdeutschlands und der Befreiung des deutschen Volkes 1945 vom Faschismus: Niemals darf von deutschem Boden wieder ein Krieg ausgehen oder sich eine Kriegsteilnahme ereignen. Vergessen!

Heute werden weltweit Kriege geführt und Deutschland ist wieder dabei. Soll die Welt etwa wieder am deutschen Wesen genesen? Kein Wunder! Bundespräsident Gauck forderte als höchster Repräsentant des Landes, als Christ und Pastor a.D. auf der 50. Münchener Sicherheitskonferenz mehr globale Einsätze der Bundeswehr, was

er auch in öffentlichen Reden und Interviews wiederholte. Die Bundeswehr ist in 13 Ländern im Einsatz. Der Ruf der Bürgerrechtler, besonders der Christen, der DDR „Schwerter zu Pflugscharen“, „Frieden schaffen ohne Waffen“ ist längst verhallt. Herr Gauck förderte damals auch die Verwirklichung dieser Losungen. Der Unterschied war lediglich, dass zu diesem Zeitpunkt die Messen bereits gesungen waren. Er offenbarte sich als Bürgerrechtler, als er sich auch sicher fühlte, deswegen nicht mehr belangt zu werden.

Aber jene, die dafür Sorge getragen hatten, dass in dieser brisanten Situation kein Schuss gegen das Volk fällt, wurden gerade unter seiner Mitverantwortung juristisch verfolgt, kriminalisiert, gedemütigt und mit Strafverrentung belegt. Und das in einem Staat, der seit seiner Gründung Naziverbrecher in öffentliche Ämter schob. Dieser „anstandsvolle“ Umgang mit Nazigrößen wirkt bis in die Gegenwart nach.

Ja, damit werden wir in der Alltagspolitik hautnah konfrontiert. Das war doch nicht der Wille des Volkes der DDR, dass heute NPD-Organisationen und Nazikameradschaften mit öffentlicher Duldung auf Straßen und Plätzen marschieren. Kennt man die Folgen nicht? Hört auf, auf dem rechten Auge blind zu sein ist eine Forderung, die unser Bürgerrecht und die grundgesetzlich garantierte Meinungsfreiheit verlangt. Das sagen wir in aufrechter Haltung.

Walter Krüger, Güstrow

Lesenswert

Wolfgang Schwanitz / Reinhard Grimmer (Herausgeber)

Unbequeme Zeitzeugen. Erinnerungen von MfS-Angehörigen

(Verlag am Park Berlin, 2014)
ISBN 978-3-945187-08-1, 485 Seiten

Mit den Standardwerken zur Arbeit des MfS „Die Sicherheit...“ und „Fragen an das MfS“ konnte und kann sich jeder objektiv und jenseits der üblichen Verleumdungen und Diffamierungen über die Abwehrarbeit des MfS informieren.

Das vorliegende Buch ergänzt diese Editionen in eindrucksvoller Weise. 16 Autoren beschreiben aus ihrer subjektiven Sicht ganz konkret ihre eigene Arbeit und ihre Erlebnisse im und mit dem MfS. Sie schildern, wie sie selbst auf den Feldern der Spionageabwehr, der Sicherung der Volkswirtschaft und in der Untersuchungstätigkeit zum Schutz der DDR

beigetragen haben, wie sie Feindschaft gegen die DDR aufdecken und verhindern konnten.

Neben 15 Autoren (14 Männer und eine Frau) aus den Reihen des MfS berichtet der ehemalige Stellvertretende Vorsitzende des Ministerrates und Minister für Umweltschutz und Wasserwirtschaft der DDR, Dr. Hans Reichelt, wie er in seiner Funktion mit dem MfS zum Nutzen der DDR zusammengearbeitet hat. Eine Sicht, die bisher völlig ausgeblendet blieb.

In den Lebenserinnerungen der Autoren wird deutlich, welche Mühe und Anstrengungen erforderlich waren, um Erfolge in der Arbeit zum Schutz des Landes zu erreichen, aber auch, wie Arbeitsergebnisse immer neu hinterfragt werden mussten, um sich ein wahrheitsgemäßes Bild von Personen und Ereignissen machen zu können. Die Autoren berichten auch über Fehleinschätzungen und Fehlschläge, Überlegungen und Maßnahmen, die nicht die vermuteten Ergebnisse brachten.

Die Arbeit des MfS und seiner Mitarbeiter, die ehrliche Überzeugungen und die humanistische Gesinnung, von denen sie bestimmt war, werden in diesem Buch sachlich dokumentiert.

„Unbequeme Zeitzeugen“ kann allen, die an einer wahrheitsgemäßen Aufarbeitung der Geschichte des MfS und der DDR interessiert sind, als wichtige und besonders kompetente Ergänzung zu vielen anderen Zeitzeugenberichten nur wärmstens empfohlen werden. Das Angebot der Autoren, ihr Buch auf Veranstaltungen vorzustellen, sollte in möglichst vielen TIG genutzt werden. Durch die Geschäftsstellen der ISOR und der GRH wird der Erwerb des Buches aktiv unterstützt

W.S.

*

Mit meinem Umzug ins „Betreute Wohnen“ ist auch die Trennung von vielen Büchern verbunden. So brachte ich etwa 250 Bücher in die

„Peter-Sodann-Bibliothek e.V.“,
Thomas-Müntzer-Platz 8, 01594 Staucha,
Tel. 035268 949574,

wo alle von 1945 bis 1990 im Osten Deutschlands erschienene Literatur gesammelt wird. Fach- und sachgerecht sind dort 350.000 Bücher kategorisiert und weitere über 900 Kisten bis an die Decke gestapelt.

In einem Hofladen können Bücher preiswert erworben werden. Die Bibliothek ist von Montag bis Freitag von 8 bis 14 Uhr geöffnet. Auch können Führungen mit dem Chef vereinbart werden.

30 Millionen Bücher aus DDR-Verlagen fanden auf Müllkippen ihr Endlager. Eine weitere Vernichtung unserer wertvollen DDR-Literatur darf es nicht geben. Deshalb verdient Peter Sodann Anerkennung und Dank aber auch Unterstützung für sein Vorhaben, weil von staatlicher Seite nichts zu erwarten ist. Das Kulturgut Staucha ist eine Reise wert.

Inge Konrad, Zwickau

AG Recht informiert

Das Bundesverwaltungsamt – Außenstelle Berlin-Lichtenberg teilte mit, dass das gesamte Aufgabenfeld **Einigungsbedingte Sonderaufgaben** für Mdl, MfS und NVA (einschließlich Dienstbeschädigungsausgleich) ab sofort zentral im Referat PS II 6 der Außenstelle des Bundesverwaltungsamtes in Strausberg wahrgenommen wird. Anfragen sind nunmehr ausschließlich an das

**Bundesverwaltungsamt
– Außenstelle Strausberg –
Referat PS II 6
Prötzeler Chaussee 25
Postfach 1149
15331 Strausberg**

zu richten.

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Wolfgang Kroschel, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen von Zuschriften vor.

Redaktionsschluss: 30.07.2014

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 27.08.2014

Einstellung im Internet: 05.09.2014

Auslieferung: 11.09.2014

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt – Tel.: (030) 29784316

Postanschrift: ISOR e.V.: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Tel.: (030)- 29784315 Sekretariat
29784317 AG Finanzen

Fax: (030)- 29784320

Postfach 700423 – 10324 Berlin

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Redaktion: Isor-Redaktion@t-online.de

Internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse
Konto-Nr.: 171 302 0056 BLZ: 100 500 00
IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56
BIC BELADEBEXXX

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 15 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Jeden ersten und dritten Donnerstag 15 bis 17 Uhr
nach tel. Terminvereinbarung unter 030 29 78 43 15